

Beschluss: Positionierung zur Jugendgarantie



Der DGB Bundesjugendausschuss beschließt:

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre hat die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ein bisher unbekanntes Ausmaß angenommen. In Griechenland und Spanien hat die Jugendarbeitslosenquote im Oktober 2012 die Rekordwerte 56 bzw. 55,3 Prozent angenommen, im EU-Durchschnitt lag der Wert bei 23,8 Prozent.

Die DGB-Jugend begrüßt daher die Absicht der Europäischen Kommission, mit ihrem Jugendbeschäftigungspaket und dem darin enthaltenen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie¹ das Problem der Europäischen Jugendarbeitslosigkeit endlich ernsthaft angehen zu wollen und den vielen Worten auch Taten folgen zu lassen, um die unzumutbare Situation der arbeitslosen Jugendlichen in Europa maßgeblich zu verbessern. Junge Menschen haben nicht nur enorme Risiken und Probleme in reguläre Beschäftigung zu kommen, sie bringen auch enorme Potentiale und Fähigkeiten mit, die auch im Interesse der Gesellschaft gefördert und genutzt werden müssen.

Die DGB-Jugend begrüßt ausdrücklich den Vorschlag, jungen Menschen marktunabhängige verbindliche Angebote zu gewährleisten, die zu einem qualifizierten Berufsabschluss oder einer Arbeitsstelle führen. Die DGB-Jugend hat aber erhebliche Zweifel, dass die Jugendgarantie in ihrer momentan von der Kommission vorgeschlagenen Ausgestaltung dieses Ziel erreichen kann:

An fünf wesentlichen Stellen fordert die DGB-Jugend Änderungen an dem Vorschlag:

- **das Alter:** Aufgrund schwieriger Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse, sowie einem oftmals problematischen Übergang in die Arbeitswelt wird das Berufseintrittsalter junger Menschen immer höher. Die Altersgrenze bei 25 zu setzen, vernachlässigt daher einen großen Kreis von betroffenen jungen Menschen. Die DGB-Jugend fordert daher die Altersgrenze auf 29 Jahre zu erhöhen.
- **der Zeitpunkt:** Unklar bleibt, warum die Jugendgarantie erst nach vier Monaten gelten soll. In schwierigen Situationen werden junge Menschen damit unnötig lange allein gelassen. Die DGB-Jugend fordert daher, dass die jungen Menschen innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss, Abbruch oder Verlust ihrer Schule, Studiums-, Ausbildungs- oder Arbeitsstelle Anspruch auf die Leistungen der Jugendgarantie bekommen müssen.
- **die Leistungen:** Die DGB-Jugend unterstützt die Angebote der Jugendgarantie
 - o von qualitativ guten Ausbildungsplätzen,
 - o regulär bezahlten und qualitativ guten Arbeitsstellen,
 - o bei Interesse der Jugendlichen den Anspruch auf weiterführende und weiterqualifizierende Bildungsangebote oder

¹ Vorschlag der Kommission vom 05.12.2012: „Der Rat der Europäischen Union (.....) EMPFIEHLT DEN MITGLIEDSTAATEN, (1) sicherzustellen, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren binnen vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz angeboten wird.“ (COM (2012) 729 final)

Beschluss: Positionierung zur Jugendgarantie



- bei Interesse der Jugendlichen den Anspruch auf einen Studienplatz an einer staatlichen Hochschule.

Die Möglichkeit auch Praktika (insbesondere postgraduelle) als Maßnahme der Jugendgarantie einbeziehen zu können, lehnt die DGB-Jugend entschieden ab. Die DGB-Jugend fordert, dass die einzelnen Maßnahmen der Jugendgarantie entweder zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führen müssen oder eine qualitativ hochwertige Weiterbildung mit Anschlussperspektiven beinhalten. Da bei Praktika beides nicht gegeben ist, besteht die Gefahr, dass dieses als Schlupfloch genutzt wird, um die Garantie zu unterlaufen und möglicherweise die jungen Menschen als billige Arbeitskräfte auszunutzen.

- **die Beratung:** Die DGB-Jugend unterstützt die Forderung der Europäischen Kommission die Beratung der jungen Menschen nachhaltig zu verbessern und alle Beratungsleistungen an einer zentralen Anlaufstelle zu bündeln. Es muss aber auch klar geregelt sein, dass es oberste Priorität bei der Beratung sein muss, den jungen Menschen individuell zu helfen und sie nicht in unpassenden Maßnahmen zu entsorgen und künstlich aus der Arbeitslosenstatistik herauszurechnen.
- **die Finanzierung:** Eine weitere zentrale Frage nach der Wirksamkeit der Jugendgarantie betrifft die geplante Finanzierung. Gerade die Länder mit den höchsten Jugendarbeitslosenquoten sind am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen und kämpfen am stärksten mit Sparprogrammen. Daher bedarf es eines umfangreichen, nachhaltigen und solidarischen Finanzierungskonzeptes, das diesen Ländern überhaupt erst die Möglichkeit schafft, die Garantie umzusetzen. Mögliche Finanzierungsmodelle könnten sein:
 - Finanzierung über einen Fond, der in der Ausgestaltung und Funktionsweise an den Europäischen Fond für die Anpassung an die Globalisierung angelehnt ist
 - Ausnahme für Bildungs- und Qualifizierungstöcke von Schuldeneinsparungen

Um ein solides Finanzierungskonzept zu erarbeiten, soll eine wissenschaftliche Studie beauftragt werden um, mögliche Finanzierungspläne durchzurechnen.

Da es in den europäischen Staaten jeweils sehr unterschiedliche Bildungs- und Ausbildungssystem gibt, die oftmals nicht mit einander vergleichbar sind, ist es erforderlich, dass die Ausgestaltung der Jugendgarantie jeweils entsprechend der konkreten Situation der einzelnen Länder erfolgt. Es muss aber bei allen Angeboten klar formuliert sein, dass klare Qualitätsstandards eingehalten werden und im Mittelpunkt der Jugendgarantie immer die einzelnen jungen Menschen und deren individuelle Bedürfnisse stehen müssen. Die im Rahmen der Jugendgarantie gemachten Angebote müssen Perspektiven sichernd, nachhaltig qualifizierend und anschlussfähig sein.

Damit die Maßnahmen der Jugendgarantie wirken können, müssen sie von einer Wirtschaftspolitik begleitet werden, die Abstand nimmt von einseitiger Sparpolitik und vielmehr auf ein langfristig angelegtes Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm ausgelegt ist. Der DGB hat mit seinem Konzept des „Marshallplans für Europa“ ein Grundgerüst für eine solche Strategie gezeichnet.